

Beschlussantrag

der Gemeinderäte Stefan Gara, Christoph Wiederkehr und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend der Prozessentwicklung zur Einführung eines Klimabudgets als integraler Teil des Wiener Finanzbudgets

eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 1 in der 53. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 24.06.2019 (Rechnungsabschluss 2018, Generaldebatte)

Climate Budgeting ist eine Form der Budgetplanung, bei der für jede im öffentlichen Haushalt (oder Teilen davon) ausgewiesene Maßnahme bzw. Kostenposition der klimapolitische Effekt – meist im Hinblick auf die Einsparung an CO₂-Emissionen – ausgewiesen wird.

In der aktualisierten "SMART CITY WIEN RAHMENSTRATEGIE" ist erfreulicherweise angekündigt, eine Erprobung des „Climate Budgeting“-Prinzips bei der Budgeterstellung umzusetzen (Seite 73). " Auf diese Weise erhalten Klimastrategien eine solide Finanzierungsbasis, gewinnen an Glaubwürdigkeit und Transparenz, da klimawirksame Ausgaben den Kostenersparnissen durch Vermeidung von Klimaschäden entgegengestellt werden können." Allerdings gibt es in der Rahmenstrategie keine konkreten Vorgaben, bis wann und in welchem Prozess dieser Testlauf stattfinden wird und wie mit den Ergebnissen umzugehen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien spricht sich für die zeitnahe Einführung eines städtischen Klimabudgets aus. Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, für die in der "SMART CITY WIEN RAHMENSTRATEGIE" angekündigte Erprobung eines Klimabudgets raschest möglich einen Prozess (inklusive Zeitplan) aufzusetzen, wie und bis wann diese Maßnahme umgesetzt wird. Darin soll auch ein Pfad aufgezeigt werden, wie und wann der Übergang von der Erprobung zu einer möglichen Implementierung stattfinden soll.

Über die Ergebnisse der Prozessentwicklung ist den Gemeinderatsausschüssen für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales sowie Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Bericht zu erstatten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24.06.2019